

Vorstoß zur Rentengarantie

Arbeitsministerium bürstet Brüderle ab

Wirtschaftsminister Brüderle will die Rentengarantie langfristig abschaffen - das Arbeitsministerium hält dagegen. Die Schutzklausel werde nicht aufgegeben, immerhin sei sie erst im vergangenen Jahr eingeführt worden. Die CDU warnt davor, die "Rentner zu verunsichern".

Berlin - Die Rentengarantie bleibt - wenn es nach dem Bundesarbeitsministerium geht. Die Schutzklausel "erhält und stärkt in schwierigen Zeiten das Vertrauen der Versicherten und Rentner in die gesetzliche Rentenversicherung", hieß es am Montag in Berlin an die Adresse von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Und Regierungssprecher Ulrich Wilhelm bemerkte, der Vorstoß des Ministers entspreche seiner "persönlichen Überzeugung". Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag aber sei davon keine Rede und entsprechend stehe die Abschaffung der Rentengarantie auch nicht auf der Agenda der Bundesregierung.

Der FDP-Politiker Brüderle hatte seinem Ruf als Quertreiber der Regierung einmal mehr alle Ehre gemacht. Die Rentengarantie gehöre abgeschafft, sagte er der "Rheinischen Post". Es werde "nicht dauerhaft funktionieren, die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung abzukoppeln". Die Renten müssten zunächst erwirtschaftet werden.

Das Arbeitsministerium hält nun dagegen - auch das Finanzministerium dürfte nicht erfreut gewesen sein. Denn Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat die Rentengarantie zuletzt vehement verteidigt. Für ihn sei es eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass die Rentner nicht schlechter gestellt werden. (...)

Der Bund der Steuerzahler hingegen begrüßte den Vorstoß Brüderles und forderte weitergehende Maßnahmen. Laut Wissenschaftlern des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demografischer Wandel wird die Rentengarantie die Beitragszahler bis 2015 rund zehn Milliarden Euro kosten. Nach den Berechnungen wird der Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung in den kommenden Jahren um 0,2 Prozentpunkte höher liegen, als dies ohne die Garantie der Fall wäre. (...)

Der vollständige Artikel erschien auf Spiegel Online am 26. Juli 2010.